DIE LINKE.

Kreistagsfraktion
Darmstadt-Dieburg
Im Juni 2020
Antragsschluss

Änderungsantrag zur Kreistagssitzung 22.06.2020 (Referenz zu Antrag 2994-2020/Da/Di)

„Keine Kostenbeteiligung der Kinder der Grundsicherung in den Schulen des - den Pakt für den Nachmittag (PdfG) des Landkreises Darmstadt-Dieburg "

Beschlussfassung:

1.Der Kreistag Darmstadt Dieburg beauftragt die Verwaltung des Landkreises Darmstadt-Dieburg für Kinder im PDFG der Grundschulen des Landkreises von 07.30 Uhr bis 14.30 Uhr keine Kostenbeteiligung von 60,00 € € von Kindern der Grundsicherung (SGB II – evtl. SGB XII – Wohngeld und AsylBlg) bis 14:30 Uhr(Format A) und 130 € pro Monat und Kind für das Format B bis 17:00 Uhr zu erheben.
2. Der Kreistag des Landkreis Darmstadt Dieburg unterstützt das Pilotprojekt der gebundenen Gesamtschule im Landkreis Darmstadt Dieburg.
3. Der Kreistag Darmstadt Dieburg bittet dieses Pilotprojekt in Zusammenarbeit als Modelprojekt der gebundenen Ganztagsschule im Landkreis Darmstadt Dieburg in Absprache mit mit allen Schulleitungen der Ganztagsschulen in möglichste vielen Ganztagsschulen umzusetzen.

Begründung:

Diese Regelung der bisherigen Notwendigkeitserklärungen für Kinder im PDFG sorgt gerade bei Kindern aus der Grundsicherung – oft mit Migrationshintergrund – wegen seiner bürokratischen und finanziellen Anforderungen zu großen Ungerechtigkeiten. Gerade die Kinder, die diese Förderung am dringendsten bräuchten, werden aus formellen und finanziellen Gründen oft ausgeschlossen.

Manche Kommunen des Landkreises (wie Reinheim) ermöglichen diese Bildungsleistung aus „freiwilligen Leistungen", die diese noch gewähren können. Sie ersparen damit dem Landkreis viel höhere Hortkosten.
Dies ist kein tragbarer Zustand für eine Bildungsregion – wie der Landkreis Darmstadt-Dieburg über sich behauptet.

Dies führt unweigerlich dazu, dass die „unterpriviligierten Schichten" keine gleichen Bildungschancen wie die Kinder der ökonomischen und finanziell stärkeren Bürger des Landkreises Darmstadt-Dieburg haben.

Schulische Bildung für Kinder aus der Grundsicherung - für eine Teilhabe am Arbeitsmarkt ist der beste Schutz gegen zukünftige evtl. Arbeitslosigkeit.

Teilhabe an dem PFDG darf nicht an 60,00 €/130 € und einer fehlenden Notwendigkeitserklärung und /oder an nicht zu bewerkstelligen bürokratischen Hürden für Kinder der Grundsicherung in den Schulen des Landkreises scheitern.
Alternativ bittet die Fraktion DIE LINKE., dass die Entscheidung einer Notwendigkeitserklärung für die Teilnahme am PDFG nicht mehr von dem Jugendamt Da/Di bzw. anderen externen Sozialbehörden getroffen wird, sondern von der jeweiligen Leiterin des PDFG der Grundschulen.

Der vorliegende Antrag eines Pilotprojektes für den gebundenen Ganztag im Landkreis Darmstadt Dieburg wäre ein Modellantrag wäre ein Bekenntnis zur guten Zusammenarbeit mit den Grundschulen des Landkreises Darmstadt Dieburg und gleichzeitig einen Umgang zum menschlichen Handeln. Dies würde nachhaltige über die Grenzen des Landkreises Darmstadt Dieburg für die Förderung der Bildungsregion Darmstadt Dieburg große Beachtung finden.

Wir bitten daher um Zustimmung zu diesem Antrag.

DIE LINKE DA/DI